

# Stellungnahme der FDP Billerbeck zum Haushalt 2016



**Billerbeck, im März 2016**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
verehrte Ratskolleginnen- und Kollegen, liebe Gäste

Wie in den vergangenen Jahren sind auch in diesem Etatentwurf die Aufwendungen eklatant gestiegen, so dass kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt oder anders gesagt, der Haushalt nur mit einem Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage in Höhe von mehr als 1,3 Millionen Euro ausgeglichen werden kann. Dieser Haushalt ist nicht generationengerecht. Er belastet die nachfolgenden Generationen über Gebühr. Der mittelfristigen Finanzplanung ist zu entnehmen, dass auch in den kommenden Jahren kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann, obwohl die Steuereinnahmen der Stadt nochmals wieder erheblich gestiegen sind und voraussichtlich in den kommenden Jahren stabil bleiben. Zudem hat der Rat der Stadt Billerbeck im Jahr 2011 beschlossen, spätestens im Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden.

Bei der Analyse der Etatansätze ist uns Liberalen besonders aufgefallen, dass der Haushalt durch bundes- und landespolitische Rahmenbedingungen erheblich belastet wird. Hier nur einige Eckdaten dieser Politik, die in den Haushalt der Stadt Billerbeck massiv eingreifen:

Jährlich werden in dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) des Landes NRW die Parameter für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen neu festgelegt. Wie in den letzten Jahren wurden diese so gesetzt, dass die ländlichen Kommunen gegenüber den städtischen Ballungsgebieten benachteiligt werden. Billerbeck erhält seit zwei Jahren keine Schlüsselzuweisungen mehr.

Schlimmer ist jedoch, die Stadt Billerbeck wird in diesem Jahr erstmals zur Solidaritätsumlage nach dem Stärkungspaktgesetz des Landes NRW in Höhe – wenn ich mich recht erinnere – von mehr als 360.000 Euro herangezogen. Billerbeck erhält also keine Schlüsselzuweisungen mehr und wird zudem auch noch mit der Solidaritätsumlage für ihre gute Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren bestraft.

Ein weiteres großes Minus im Billerbecker Etatentwurf wird durch die Unterfinanzierung bei der Flüchtlingspolitik geschaffen. Die Abrechnung nach Pauschalsätzen beschert dem Billerbecker Etat ein riesengroßes Loch von mehreren Hunderttausend Euro. Für mehr als 100 Asylbewerber erhält Billerbeck keinen Ausgleich. Wie soll bei einer solchen Flüchtlingspolitik die Integration gelingen?

Das Land und auch der Bund haben es trotz sprudelnder Steuereinnahmen nicht geschafft, den Kommunen eine ausreichend bemessene Basis zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben zu geben. Wir Liberalen sind daher der Meinung, Land und Bund haben ihr Ziel deutlich verfehlt.

Kommen wir nun zu den kommunal verursachten Defiziten im Billerbecker Etatentwurf, die hier nur beispielhaft aufgezählt sind.

Die derzeit anhaltend gute Konjunktur lässt die Gewerbesteuerereinnahmen in Billerbeck weiter sprudeln. Bei den Erträgen ist ein Plus von 338.500 Euro zu verzeichnen. Umso mehr ist es uns Liberalen unverständlich, dass bei derart guten Konjunkturdaten kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. Ein Blick auf die Etatansätze bei den Zuwendungen macht die Schwachstellen dieses Haushalts offensichtlich:

Bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude steigt der Etatansatz von 365.000 Euro auf über 1,06 Millionen Euro – also um rd. 700.000 Euro. Ein Großteil dieses Mehraufwandes ist der Unterbringung der Asylsuchenden zuzuordnen.

Die Aufwendungen für Energie der stadt eigenen Liegenschaften steigen ebenfalls überproportional um zusammengerechnet über 100.000 Euro, obwohl die Energiepreise zum Teil stabil und bei Gas und Heizöl erheblich gesunken sind. Insgesamt steigen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 3,9 auf 5,1 Millionen Euro.

Das ist so nicht hinnehmbar. Der Rat hat sich selbst- wie bereits eingangs erwähnt - verpflichtet, spätestens 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Bei der Ausführung des Haushalts sollten aus der Sicht der Liberalen vor allem bei den Aufwendungen die angehobenen Etatansätze mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Keinesfalls werden wir weiteren Steuererhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer zustimmen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Bei derart hohen Aufwandssteigerungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude sei die Frage erlaubt, ob die Stadt hierbei nicht einen zu großen Gebäudebestand hat, den sie sich derzeit nicht leisten kann. Die Stadt verfügt seit Jahrzehnten über vier Schulstandorte. Bei ständig sinkenden Schülerzahlen von 2004 mit 1363 Schülern bis 2015 mit 874 Schülern – also ein Minus von 489 Schülern – bei gleichem Gebäude- und Flächenbestand sollte man dringend darüber nachdenken, ob nicht ein Schulstandort geschlossen werden kann. Bei diesen Zahlen wird man wohl nicht behaupten können, die Stadt Billerbeck spare bei der Bildung, wenn man einen Schulstandort schließt und ihn einer anderen Nutzung zuführt z. B. der vorübergehenden Unterbringung der Asylsuchenden. Die Gemeinde Nottuln plant z. B. den Schulstandort Schapdetten für Flüchtlinge herzurichten.

Wie war das noch mit den guten Vorsätzen, die nicht nur die FDP in den vergangenen Jahren mit Blick auf die demografische Entwicklung immer wieder gefordert hat und die von Verwaltung und der Bürgermeisterin standhaft abgeblockt wurden? Ein Kennzahlenvergleich mit anderen Kommunen hat Defizite der Verwaltung bestätigt. Wir haben Verständnis dafür, dass es in diesem Jahr nicht angebracht ist, die Verwaltung zu evaluieren. Jedoch sollte spätestens im nächsten Jahr mit der Maßnahme begonnen werden.

In diesem Zusammenhang hat die FDP auch die Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses gefordert, um allen Billerbecker Bürgern einen barrierefreien Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung zu verschaffen.

Auch die nachstehenden Punkte passen zu den verpassten Chancen der vergangenen Jahre:

Verwaltung und Politik müssen Strategien entwickeln, um die Leistungsfähigkeit der Stadt nachhaltig zu stärken. Wir Liberalen setzen uns daher weiter für ein Stadtentwicklungskonzept ein, in dem langfristige Ziele der Stadt verankert werden. Stadtentwicklung nur mit einem Einzelhandelskonzept und dem Integrierten Handlungskonzept zu betreiben hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird uns auch in Zukunft nicht weiter bringen. Das bislang vergebliche Bemühen um die Ansiedlung eines Drogeriemarktes bestätigt uns in dieser Annahme. Wir müssen endlich Standorte im Innenstadtbereich lokalisieren. Vielleicht bringt uns da die Schließung eines Schulstandortes im Innenstadtbereich weiter.

Auch bei der Gemeinschaftsschule sieht die FDP dringenden Handlungsbedarf. Sie ist fünfzünftig gestartet und ist nach den jüngsten Anmeldezahlen nur noch zweizünftig. Offensichtlich ist den Billerbeckern diese versuchsweise eingeführte Beschulung der Kinder nicht zu vermitteln. Es muss daher dringend überlegt werden, ob und wann das Experiment in eine Regelschule überführt werden kann.

Die Aussichten für die nächsten Jahre lassen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung eine Verbesserung der Finanzlage der Stadt Billerbeck nicht erwarten. Ziel muss es bleiben, die Entschuldung der Stadt weiter voran zu treiben und dabei einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Die Liberalen können einem Haushalt, der einem Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage in Höhe von 1,3 Millionen Euro vorsieht **nicht** zustimmen.

Frank Wieland

FDP Billerbeck